

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in **Apf.**: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 **Apf.**, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 **Apf.**; amtlich 1 mm
30 **Apf.** und 24 **Apf.**; Reklame 25 **Apf.**. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnitz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschimendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förstere Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Otto Dorn in Pulsnitz

Nummer 168

Freitag, den 20. Juli 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Sonnabend, den 21. Juli 1928, vormittags 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restau-
rant z. Bürgergarten **1 Kutschwagen und 1 Klavier**
meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Pulsnitz, den 20. Juli 1928. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.**

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Die Lohnsteuerentlastung wurde am Donnerstag nachmittag vom Reichs-
rat angenommen.
Das ägyptische Parlament ist durch königliches Dekret für drei Jahre
aufgelöst worden.
Nach neuesten Meldungen hat sich die Zahl der Todesopfer durch Er-
trinken in den letzten heißen Tagen in Niederschlesien auf 55 erhöht,
davon ertranken allein in Breslau 16 Menschen.
Nach Meldungen aus Lima (Peru) hat sich in der Nähe von Cascha-
poyas ein schweres Erdbeben ereignet, das eine Minute anauhierte.
Mehrere Häuser sind eingestürzt. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Es bleibt warm.) Vorerst scheint die Energie der Hitzewelle für Mitteleuropa einmal gebrochen. Ueber Nordeuropa liegt eine Depression, die sich immer weiter verstärkt und sich allmählich nach Süden zu ausdehnt. Sie bewirkt eine immer mehr sich beschleunigende Luftzirkulation, die ozeanische Luftmassen über unser Gebiet hinwegtreiben wird. Infolge dieser Lage muß ein allmählicher Temperaturrückgang eintreten, der sich bereits vor wenigen Tagen bemerkbar machte, aber erst in der nächsten Woche voll zur Auswirkung kommt. Da mit dieser verstärkten Zirkulation Luftmassen sehr verschiedener Herkunft zusammenstreffen, sind auch Niederschläge unausbleiblich. Wahrscheinlich treten dieselben in Begleitung von Gewittern auf. Wenn auch gegenüber der vergangenen Zeit zahlenmäßig eine bedeutende Abkühlung festzustellen ist, so halten sich doch die mittäglichen Höchstwerte voraussichtlich noch zwischen 20 und 25 Grad, auch die Sonneneinstrahlung wird noch immer erheblich bleiben, so daß der Gesamteindruck der Witterung noch immer recht günstig bleibt.

(Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 18 vom 18. Juli enthält das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Auflösung der Familienanwartschaften, sowie eine dazu gehörige Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes und endlich das Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die hypothekarische Belastung von familienanwartschaftlichen Grundstücken und Lehngütern.

Gersdorf. (Vermischt.) Die Frau verw. Schuhmachermeister Kaiser von hier begab sich zu ihrer Schwester nach Fischbach. Dort ist sie am Montag in den nahen Staatsforst gegangen und bis heute noch nicht zurückgekehrt. Es liegen ernste Befürchtungen nahe, daß der allseitig beliebten, in den 60er Jahren stehenden Frau etwas zugestoßen ist, da alles Nachforschen und Suchen bisher erfolglos war.

Reichenau. (Schwerer Betriebsunfall.) Bei Reparaturarbeiten auf dem Dache kam der Turbinenwärter Scholze, der bei der Firma Wagner & Co. beschäftigt ist, der elektrischen Leitung zu nahe. Er erhielt einen derartigen Schlag, daß er vom Dache heruntergeschleudert wurde. Unglücklicherweise stürzte er dabei in einen Säurebehälter, so daß er schwere Verbrennungen erlitt. Der Zustand des Verunglückten, der sich auch durch den Sturz vom Dache Verletzungen zugezogen hat, ist recht ernst.

Kamenz. (Auf dem gestrigen Wochenmarkt) kosteten u. a. Meerrettich 120, Blumenkohl 40—60, Spinat 25, Zwiebeln 20, Bohnen (hiesige) 80, Schoten 35, Rhabarber 10 (3 Pfund 25), Spargel 130, 100 und 70, neue Kartoffeln 10 und 14, Tomaten 30 (Holländer 70), Erdbeeren 60—70, Kirichen 30 und 35, grüne Stachelbeeren 35 Pfg. das Pfund, Rotkraut, Folländer, 35 das Pfund, hiesiges 35 der Kopf, Weißkraut 15 Pfg. das Pfund, Gurken 3 und 5 Stück 1 Mark, Radieschen 8, weiße Rettiche 10, Möhren 20—30 das Bündel, schwarze Rettiche 10, Staudenjalat 6—10, frische Kohlrabi 5—10 Pfg. das Stück, Heidelbeeren Durchschnittspreis 60 Pfennig das Liter.

Dresden. (Das Programm zu dem Empfang der Ozeanflieger Köhl und von Hünefeld.) Wie

Unerhörte polnische Hezmanöver

Polen propagiert die Bildung einer baltischen Schweiz

Die britische und die belgische Antwortnote an Kellogg — Kritische Lage im Saarbergbau

Danzig. In Bromberg fand zur Erinnerung an die durch den deutschen Ritterorden verlorene Schlacht von Tannenberg eine Tagung der Vereinigung der Landleute aus Ermland, Masurien und dem Marienburger Gebiet statt, an der Vertreter aus Ostpreußen teilnahmen. Im Laufe der Beratungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Wir haben uns als Friedensfreunde versammelt, um die Aufmerksamkeit der zivilisierten Weltmeinung auf die Gefahr zu lenken, die dem Frieden von Europa von den Herrschern Ostpreußens droht. Sie sind Befürworter derselben Grundsätze der Gewalt, mit denen das Kaiserreich der Hohenzollern regiert hat und gegen das die Vertreter des ewigen Friedens die verbündeten Völker mobilisieren mußten. Wenn sich sogar die Führer der deutschen Volksgemeinschaft über die Zustände in der deutschen Republik beklagen, wie z. B. der Führer des Reichsbanners Schwarzrotgold, der in einem öffentlichen Aufruf die deutschen Republikaner ein Volk nannte, das in Europa am meisten des Rechts bar ist, oder wie der Präsident Württembergs, Bagille, der gegenüber den zentralistischen Berliner Bestrebungen, die sich gegen die Freiheit der deutschen Länder richten, nicht zögerte, den Austritt Württembergs aus dem deutschen Reichsverbande anzudrohen, so bedeutet das eine Auswahl ziemlich harter Argumente, um ein Bild über die Notlage der Polen und Litauer in Ostpreußen zu geben.

Ostpreußen wurde erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Hohenzollern dem deutschen Bunde angegliedert. Seit dieser Zeit datiert der Zerfall und die Entvölkerung Ostpreußens, das heute eine der am wenigsten bevölkerten Gemeinden Europas ist. Die Entvölkerung steigt, obwohl in den Nachbargebieten in Ost und West die Bevölkerung zahlenmäßig zunimmt. Diese Erscheinung beweist die Unzufriedenheit über die Wirtschaft und Politik der Beherrscher des Landes.

Unter Vergewaltigung des Artikels 113 dieser Verfassung, in dem es heißt, daß die fremdsprachigen Teile der Bevölkerung des Reiches in ihrer Entwicklung im besonderen aber im Gebrauch ihrer Sprache beim Unterricht sowie in der inneren Verwaltung als auch in der Justiz keinen Beschränkungen unterliegen dürfen, wird in Ostpreußen weder in der Schule noch in der Verwaltung noch bei dem Gericht die polnische oder litauische Sprache gebildet, und

außerdem setzt sich im Privatleben ein jeder dem Terror aus, der sich erdreistet, polnisch oder litauisch zu sprechen.

Nicht genug, daß die polnische und litauische Bevölkerung unterdrückt wird, finden in Ostpreußen Verschwörungen preußischer Militärs mit Sowjetagenten statt. Wir sehen keinen anderen Weg für die Sicherung des Friedens in Europa, als in der Ausrufung Ostpreußens auf Grund des Artikels 19 des Völkerbundesstatus zu einer freien Verbandsrepublik mit kantonalen Struktur für die drei Nationalitäten Deutsche, Polen und Litauer, das heißt, in der

Bildung einer baltischen Schweiz.

Unsere in Bromberg versammelten Emigranten erinnern daran, daß der Gedanke, sich von Berlin unabhängig zu machen, schon im Jahre 1919 entstand, und zwar in den Köpfen deutscher Politiker. Dem zu diesem Zweck gegründeten Komitee gehörte u. a. der Volksernährungsminister v. Batoeki, ein früherer Oberpräsident von Ostpreußen, an. In dem Glauben, daß uns die Weltmeinung in der Bildung einer baltischen Schweiz hilft, bitten wir, diese Resolution allen Friedensfreunden bekanntzugeben.

Der Wortlaut der britischen Antwortnote an Kellogg

London, 19. Juli. Die britische Antwortnote vom

18. Juli an den amerikanischen Geschäftsträger in London lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

„Ich freue mich, Sie davon in Kenntnis setzen zu können, daß nach sorgfältiger Prüfung des Schreibens, das Sie mir am 23. Juni übergeben haben und worin Sie den revidierten Text des Entwurfs des vorgeschlagenen Kriegsverzichtsvertrages übermittelten, die Regierung Seiner Majestät in Großbritannien den vorgeschlagenen Vertrag in der von Ihnen übermittelten Form annimmt und sich freuen wird, ihn zu dem Zeitpunkte und an dem Ort zu zeichnen, den die Regierung der Vereinigten Staaten zu diesem Zwecke angeben wird.“

Meine Regierung hat mit Interesse die Erklärungen gelesen, die in Ihrem Schreiben hinsichtlich der Bedeutung des Vertragsentwurfs enthalten sind, ebenso die Stellungnahme, welche das Schreiben hinsichtlich der Bemerkungen enthält, die von anderen Mächten in dem vorausgehenden diplomatischen Schriftwechsel vorgebracht sind. Sie werden sich erinnern, daß in meiner vorausgehenden Mitteilung vom 19. Mai ich ausgeführt habe, wie wichtig es für meine Regierung sei, daß der Grundsatz anerkannt werde, daß, wenn eine der Parteien dieses beabsichtigten Vertrages in Verletzung seiner Bestimmungen zum Kriege schreitet, die anderen Parteien automatisch von ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber dieser Partei entbunden würden, ebenso wie ich daraufhin, daß die Beachtung der Verpflichtungen, die sich aus der Völkerbundsatzung und aus den Locarno-Verträgen ergäben, die Grundlage der Politik der Regierung meines Landes bilde und daß diese keinem neuen Vertrage ihre Zustimmung geben könne, der diese Verpflichtungen abschwächen oder untergraben würde.

Belgiens Antwort in der Kelloggpaftfrage

Brüssel, 19. Juli. Die belgische Antwortnote an Amerika ist jetzt veröffentlicht worden. Sie stellt fest, daß Belgien den Frieden wünscht und sich daher auch an allen Bemühungen zur Stabilisierung des Friedens beteiligt hat. Aus diesem Grunde schon begrüßt Belgien den Vorschlag Amerikas, den Krieg als das Mittel nationaler Politik aufzugeben. Der von der amerikanischen Regierung ausgearbeitete Entwurf eines mehrseitigen Kriegsverzichtsvertrages findet die volle Billigung der belgischen Regierung. Mit Vergnügen stellt Belgien weiterhin fest, daß der vorgeschlagene Pakt Belgiens Verhältnis zum Völkerbund und die Locarno-Abkommen, die Belgien die grundlegenden Garantien für seine Sicherheit geben, unberührt lassen. Belgien ist erfreut darüber, an dem großen Werk teilnehmen zu dürfen, das in der Welt den Friedensgeist weiter entwickeln und für die Zukunft die Gefahren neuer Katastrophen verhindern soll. Die Note schließt mit dem Ersuchen, der belgischen Regierung amerikanischerseits Tag und Ort der Vertragsunterzeichnung bekanntzugeben zu wollen.

Die Endregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

London. Schatzkanzler Churchill erklärte im englischen Unterhaus, die Regierung habe von den letzten Erklärungen des Generalagenten für die Reparationszahlungen und des deutschen Reichskanzlers Kenntnis genommen und sei bereit, irgendwelche Vorschläge für die Endregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu prüfen, vorausgesetzt, daß diese Vorschläge die Wahrung der Rechte und Interessen Großbritanniens in Uebereinstimmung mit seiner Politik gewährleisten.

